

Nun kommt er doch

Von Rolf Weder, Professor für Ökonomie an der
Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel

Die Rede ist vom Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft treten wird.

Er wurde bereits im Jahre 2004 unter dem Namen „Verfassungsvertrag“ geboren mit der Idee, eine Europäische Verfassung zu schaffen. Nach der Ablehnung dieses Vertrags durch die Wähler in Frankreich und den Niederlanden im Sommer 2005, entschied sich der Europäische Rat nach einer Reflektionsphase, Verhandlungen über einen Ersatzvertrag aufzunehmen, den sogenannten „Reformvertrag“. Im Dezember 2007 wurde er in Lissabon als „Vertrag von Lissabon“ verabschiedet.

Wurde der Vertrag von Lissabon, wie seine Vorgängerversion, nicht auch schon abgelehnt? Dem ist in der Tat so. Obwohl er — wohl auch nach den gemachten Erfahrungen mit dem Verfassungsvertrag — in den einzelnen Mitgliederstaaten der EU generell nicht mehr den Wählerinnen vorgelegt wurde, erlebte die neue Version zuerst ein ähnliches Schicksal. Der Grund: in Irland unterliegt ein solcher Vertrag dem obligatorischen Referendum. Die Iren lehnten den Vertrag von Lissabon im Sommer 2008 prompt ab. Im Herbst 2009 bekamen sie aber Gelegenheit, dazu nochmals Stellung zu nehmen, nachdem die Parlamente und Staatsoberhäupter der anderen Mitgliedländer den Vertrag ratifiziert hatten. Die Iren stimmten im zweiten Anlauf „ja“, und der Präsident der Tschechischen Republik unterschrieb den Vertrag schliesslich auch noch, nachdem das tschechische Verfassungsgericht den Vertrag im Einklang mit der tschechischen Verfassung befand.

Was wird sich ändern? Nun, dies ist recht schwierig zu beurteilen. Der Vertrag ist rund 300 Seiten lang und in einer Fachsprache mit zahlreichen Querverweisen verfasst. Während das Lesen des

Textes nicht allzu grosse Mühe bereitet, können gewisse Textstellen bereits zu unterschiedlichen Interpretationen führen oder müssen zuerst noch präzisiert werden. Je nachdem, welche Institution diese Stellen interpretiert, dürften sie auch unterschiedlich interpretiert werden. Welche Konsequenzen der Vertrag aber auf die Weiterentwicklung der EU hat und welche Auswirkungen auf Drittländer zu erwarten sind, ist noch schwieriger zu beurteilen. Zu komplex ist der Inhalt dieses Vertragswerkes. Experten, aus welcher Disziplin sie auch kommen, sind letztlich kaum in der Lage, den Vertrag in seiner Gesamtheit zu beurteilen. Selbstverständlich ist es möglich, einzelne Aspekte aus dem Vertrag zu erfassen und zu erläutern.

Auf der Homepage der EU-Kommission sind die Dinge aber relativ klar; die dort lesbaren Erläuterungen zum Vertrag von Lissabon, der unter dem Motto „Europa auf dem Weg ins 21. Jahrhundert“ dem Publikum vorgestellt wird, tönen gut: „In einer globalisierten Welt, die in ständigem Wandel begriffen ist, muss sich Europa mehr als je zuvor neuen Herausforderungen stellen. Die Globalisierung der Wirtschaft, die demografische Entwicklung, der Klimawandel, die Energieversorgung oder die neuen Bedrohungen unserer Sicherheit — genug Probleme, die Europa im 21. Jahrhundert anpacken muss. Die Mitgliedstaaten können all diese neuen, Grenzen übergreifenden Herausforderungen nicht mehr allein bewältigen. Deshalb ist ein gemeinsamer europäischer Einsatz nötig — die Sorgen der Bürger müssen ernst genommen werden.“ Man beachte die Verwendung des Begriffs „Europa“; erlaubt ist auch die Frage, ob die erwähnten Themen, wenn sie überhaupt gemeinsam angepackt werden müssen, nicht eine Herausforderung für die ganze Welt darstellen und somit primär auf multilateraler Ebene anzugehen sind.

Eigentlich geht es aber, wie man beim Weiterlesen erfährt, um eine Erhöhung der „Effizienz bei der Entscheidungsfindung, mehr Demokratie (...) und mehr Kohärenz nach aussen.“ Die EU soll „Entscheidungen schneller, transparenter, mit stärkerer demokratischer Kontrolle und mit mehr Respekt für die bereits auf zuständiger Ebene getroffenen Entscheidungen (...)“ fällen. Man fragt

sich, ob dies nicht ein Widerspruch ist, da eine vermehrte demokratische Kontrolle Entscheide nicht unbedingt beschleunigen muss. Zudem ist es in der Tat so, dass der Einfluss der Parlamente im Entscheidungsprozess erhöht wird und dass eine sogenannte Bürgerinitiative, die der EU-Kommission Anregungen geben kann, vorgesehen ist. Gleichzeitig werden aber die Hürden für Mehrheitsentscheide im wichtigen Ministerrat substanziell reduziert, was — wie Ökonomen mehrfach gezeigt haben — Entscheide, die auch für nicht zustimmende Minderheiten Gültigkeit haben, einfacher oder, wie dies die EU bezeichnet, „effizienter“ macht. Mit anderen Worten, Vorschläge der EU-Kommission haben im Ministerrat eine höhere Chance, angenommen zu werden.

Liest man weiter, erfährt man, dass die Europäische Union „für die Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten zuständig [sei], wodurch gegebenenfalls auch eine Koordinierung der Sozialpolitik der Mitgliedstaaten möglich wird“. Die auf dem Vertrag von Lissabon basierenden „Innovationen ermöglichen der Union eine bessere Umsetzung ihrer Politik zugunsten von Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit, der Schaffung von Arbeitsplätzen und Verbesserung des sozialen Umfelds, der Gewährleistung der Sicherheit von Einzelpersonen und der Gemeinschaft, der Förderung von Umwelt- und Gesundheitsschutz, der Weiterentwicklung des Zusammenhalts und der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, der Förderung des technologischen Fortschritts und nicht zuletzt der Handlungsfähigkeit der Union auf dem internationalen Parkett.“

Falls Sie sich — beeindruckt durch diese Ausführungen und auch etwas scheu — die Frage erlauben: „Führt der Vertrag von Lissabon dazu, dass künftig mehr Entscheidungen ‚in Brüssel‘ getroffen werden?“, dann erhalten Sie zu dieser konkreten Frage auf der genannten Homepage ebenfalls eine klare Antwort: „Nein. Der Vertrag bildet die Grundlage dafür, dass die EU-Politik dezentralisierter und transparenter umgesetzt wird, damit Entscheidungen so bürgernahe wie möglich gefällt werden.“ -- Ich gebe zu, so richtig glauben mag ich

dies alles nicht. Ich frage mich zudem, weshalb der Vertrag von Lissabon nicht *mehr* Bürgern und Bürgerinnen in den einzelnen Mitgliedsstaaten in einem Referendum unterbreitet wurde, wenn — wie in der hier geschilderten Rhetorik überaus stark betont — die demokratischen Rechte von Bürger und Bürgerinnen auf EU-Ebene und damit die Bürgernähe der EU so gefördert werden.